

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 40 (1948)
Heft: 6

Artikel: Höherer Lebensstandard für Englands Arbeiter
Autor: Bieligk, K.F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353339>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

hebung der persönlichen Freiheit, Einschränkung der persönlichen Initiative und Verantwortung, Zentralismus und Bürokratismus und ähnliche Schlagwörter, womit man hier in der Schweiz *gegen* den sozialen Fortschritt kämpft. Ein zweites, was der Erhaltung der geistigen Freiheit dient, ist die Tatsache, dass es in England nicht nur zwei grosse Kirchen gibt wie in der Schweiz, sondern *viele grosse Kirchen* und unzählige Denominationen, die den Gedanken an die Möglichkeit einer geistigen oder politischen Gleichschaltung von vornherein ausschliessen. Und ein drittes, was auch zur geistigen Freiheit Englands beiträgt, ist die *Fünftagewoche*, welche die traditionelle und weitverbreitete Heiligung des Sonntags und die geistige Erholung und Stärkung des Volkes ermöglicht. Wir schliessen mit den Worten eines amerikanischen Korrespondenten in London (Herbert Matthews), der im November des letzten Jahres in der «New-York Times» schrieb: «Die Idee, dass die Briten jemals ihren Willen zur persönlichen Freiheit verlieren könnten, ist undenkbar für jeden, der sie kennt. Freiheit ist in ihren Herzen, in ihren Gedanken, in ihren wahren Träumen.»

Pfarrer L. Memper, Kleinhüningen.

Höherer Lebensstandard für Englands Arbeiter

«Labour», das offizielle Organ des englischen Gewerkschaftsbundes, setzt sich in seinem Maiheft für die Ueberprüfung des gesamten Apparates der Preiskontrolle und für eine Erhöhung der Staatszuschüsse zur Stabilisierung der Nahrungsmittelpreise ein. Beide Massnahmen werden als Mittel zur Aufrechterhaltung des höheren Lebensstandards gefordert, der durch die Gewerkschaften und durch die Sozialpolitik der Arbeiterregierung nach dem Kriege für die Arbeiterschaft erreicht worden ist. Die Unterstützung, die die Gewerkschaften der Wirtschaftspolitik der Arbeiterregierung zugesichert haben, lässt sie jetzt und für die nächsten Monate von allgemeinen Lohnforderungen Abstand nehmen. Aber sie können nicht dulden, dass eine infolge hoher Gewinne und Profite übermässige Preishöhe die arbeitende Bevölkerung schädigt.

*

Der Lebensstandard der englischen Arbeiterschaft wurde in den Jahren vor dem Kriege durch die Massenarbeitslosigkeit ausserordentlich ungünstig beeinflusst. Im Bergbau, Schiffsbau und in der Baumwollindustrie — um nur einige Industrien zu nennen — gab es Jahre hindurch einen hohen Prozentsatz von Arbeitslosigkeit. Im Jahre 1938 beschäftigte die Wollindustrie 68 Prozent, der Koh-

lenbergbau 59 Prozent, die Baumwollindustrie 57 Prozent, die Zinnplattenindustrie 44 Prozent und die Kalk- und Steinindustrie nur noch 41 Prozent der Arbeiter von 1923. Im Jahre 1932 waren 22 Prozent der gesamten versicherten Arbeiter ohne Beschäftigung, und noch im letzten Jahre vor dem Kriege, als die Aufrüstung bereits begonnen hatte, waren 12,6 Prozent aller Arbeiter ohne Arbeit. In manchen Gebieten lebten mehr als 50 Prozent der Bevölkerung von der Arbeitslosenunterstützung, die 1931 auf wöchentlich 13 Schweizer Franken für einen Mann, auf 12 Schweizer Franken für eine Frau und auf 1.73 Schweizer Franken für ein Kind herabgesetzt worden war. Der Lebensstandard dieser Millionen war demzufolge ausserordentlich niedrig.

Dem Unternehmertum ermöglichte die Dauermassenarbeitslosigkeit, den berechtigten Lohnforderungen der Gewerkschaften in vielen Fällen erfolgreich Widerstand zu leisten. Die Folge war, dass auch der Lohn der grossen Mehrzahl der beschäftigten Arbeiter kaum ausreichte, um das zur Existenz Notwendigste zu kaufen. Landarbeiter, Bergarbeiter, die Arbeiter in der Baumwollspinnerei und die in manchen anderen Industrien hatten ausgesprochen erbärmliche Löhne. Millionen verdienten kaum 2 Pfund Sterling wöchentlich, also weniger als 35 Schweizer Franken. Der jetzt aus seinem Amte scheidende Generalsekretär der Internationalen Ernährungsorganisation der Vereinigten Nationen, der schottische Professor Sir John Boyd Orr, hat festgestellt, dass in jenen Jahren sich rund 20 Millionen Engländer mit einer Ernährung zufrieden geben mussten, die nicht ausreichte, um ihre Arbeitskraft und ihre Gesundheit zu erhalten. Für Millionen gab es nur einmal wöchentlich Fleisch, und es gab ganze Gebiete, in die manche der besten Dinge und Delikatessen überhaupt nicht geschickt wurden, weil die Bevölkerung sie infolge der Armut doch nicht kaufen konnte. Das war so selbstverständlich, dass noch im zweiten Jahre nach dem Kriege manche Südfrüchte und andere Nahrungs- und Genussmittel nicht in diesen Distrikten zu kaufen waren, obwohl es sie in anderen Teilen des Landes längst gab. Sobald das Ernährungsministerium den Tatbestand erfuhr, wurde diese Benachteiligung abgestellt. Die Konservativen benutzten das Schlangestehen oft als ein Propagandamittel gegen die Regierung. Ganz zu Unrecht. Dass es in vielen Städten weniger Geschäfte gibt als vor dem Kriege, ist eine Folge der Zerstörungen, die angerichtet wurden. Aber heute erhalten die Konsumenten ihre Nahrungsmittel. In jenen Jahren jedoch standen Millionen von Arbeitslosen tagtäglich Schlange vor den Arbeitsvermittlungsstellen ohne jeden Erfolg. Die Läden waren zwar angefüllt mit allen Nahrungsmitteln, aber die Arbeiterfrauen konnten sie nicht kaufen, und ihre Familien mussten hungern.

*

Schon während des Krieges haben sich in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen entscheidende Veränderungen vollzogen. Der Arbeitsminister der damaligen Koalitionsregierung, Ernest Bevin, der vorher der Generalsekretär der grössten Gewerkschaft, des Transport- und Allgemeinen Arbeiterverbandes war, hat sich insbesondere für die Schaffung sicherer Existenzgrundlagen für jene Arbeiterschichten eingesetzt, die unter der wirtschaftlichen Unstabilität am härtesten zu leiden hatten: die Hafenarbeiter, die Hotel- und Restaurationsarbeiter und andere. Die Löhne erfuhren zum Teil beträchtliche Erhöhungen. Die folgende Tabelle gibt den Gesamtbetrag der Erhöhung der Wochenlöhne in den letzten acht Jahren wieder und die Zahl der in ihren Genus kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen.

	Zahl der Arbeiter	Gesamtbetrag der Erhöhung der Wochenlöhne Pfund Sterling *
1940	8 780 000	2 633 000
1941	8 065 000	2 490 000
1942	6 707 000	1 708 000
1943	7 237 000	1 630 900
1944	8 587 000	1 958 000
1945	7 308 000	1 806 100
1946	7 980 000	2 910 300
1947	4 942 000	1 726 500

* 1 Pfund Sterling = 17,35 Schweizer Franken.

Die Wochenlohnrate war Ende 1947 um 73 Prozent höher als im September 1939. Da aber ausserdem in vielen Industrien die Arbeitszeit verkürzt wurde, ohne dass die Wochenlöhne eine Kürzung erfuhren, ist die Erhöhung in Wirklichkeit noch etwas grösser, so dass die gesamte Steigerung seit September 1939 etwa 84 Prozent beträgt. Trotz dieser erheblichen Verbesserungen gibt es aber immer noch etwa 6 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen, deren Wochenlohn unter 5 Pfund, also unter 85 Franken bleibt.

*

Da es weder einen amtlichen Index der Lebenshaltungskosten noch einen amtlichen Preisindex gibt, mit dem die seit 1938 eingetretenen Preisveränderungen gemessen werden können, ist es schwierig, die Entwicklung des Lebensstandards genau festzustellen. Seit dem vorigen Jahre ist wohl ein neuer Interimsindex für die Lebenshaltungskosten in Gebrauch, der eine grössere Gruppe von Nahrungsmitteln und sonstigen Gebrauchsgütern berücksichtigt. Das Arbeitsministerium erklärte bei seiner Einführung, dass dieser neue Index der Einzelhandelspreise sich darin grundsätzlich von dem alten 1914er-Index unterscheidet, dass er nur die Preisveränderungen für jene Waren aufzeigt, die für das Budget eines Arbeiter-

haushalts wesentlich sind. Er kann nicht das Steigen der Lebenshaltungskosten seit 1938 wiedergeben.

Aus den offiziellen Angaben, die über die Entwicklung des Volkseinkommens gemacht worden sind, und aus den Indexberechnungen des « Economist » kann geschlossen werden, dass die Einzelhandelspreise für lebensnotwendige Waren sich seit 1938 bis Mai 1948 um etwa 70 bis 75 Prozent erhöht haben. Es kann also angenommen werden, dass der Reallohn der englischen Arbeiterschaft um etwa 5 bis 6 Prozent höher ist als vor dem Kriege.

Eine volle Auswirkung dieser Verbesserung ist jedoch zur Zeit nicht möglich. Die Weltknappheit an gewissen Nahrungs- und Genussmitteln und der Zwang Englands zur höchsten Ausfuhr der eigenen Produkte bewirkt weitreichende Verbrauchseinschränkungen. Daher kommt es, dass der Verbrauch mancher Nahrungsmittel und wichtiger Bedarfsartikel im Jahre 1947 der Quantität nach geringer war als im Jahre 1938. Die Statistik über das Volkseinkommen und die Ausgaben für den Verbrauch bestätigen diese Entwicklung. Aus Angaben, die vom Ernährungsministerium veröffentlicht worden sind, geht hervor, dass der Verbrauch pro Kopf zurückgegangen ist: Frisches Fleisch um 27 Prozent, Schinken um 52 Prozent, Eier um 47 Prozent, Zucker um 25 Prozent, Butter um 57 Prozent, Fett um 26 Prozent. Dagegen ist der Kartoffelverbrauch um 67 Prozent gestiegen, der Verbrauch von Milch um 45 Prozent und der Fischkonsum um 28 Prozent. Im Jahre 1947 nahmen die Konsumausgaben 65 Prozent des Volkseinkommens in Anspruch gegen nur 55 Prozent im Jahre 1945, aber 78 Prozent im Jahre 1938.

Diese Ziffern gelten für das ganze englische Volk; sie lassen keinen Schluss auf die Entwicklung des Verbrauchs der verschiedenen Bevölkerungsklassen zu. Da aber die wichtigsten Nahrungsmittel und ausserdem Kleidung, Schuhe, Möbel, Bettwäsche und Stoffe rationiert sind, kann gesagt werden, dass die durch die gegenwärtige Not erzwungenen Einschränkungen nicht nur die Arbeiterschaft treffen. So klagen Angehörige der Mittelklasse oft über die Milchrationierung, die sie als Härte empfinden. Hunderttausenden von Arbeiterfamilien aber sichert sie ihren Anteil an der Milch, den sie früher nicht hatten, da sie die Milch nicht bezahlen konnten. In verschiedenen englischen Städten sind wiederholt Feststellungen gemacht worden, dass der Milchverbrauch der Arbeiterfamilien pro Kopf abnimmt, je grösser die Kinderzahl ist. Jetzt können sie mehr verbrauchen, und diejenigen, welche früher mehr hatten, müssen sich mit etwas weniger begnügen. Ähnlich ist es mit Konfitüre und Marmelade.

Die Nahrungsmittelrationierung arbeitet im ganzen vorbildlich; obwohl es auch hier einen Schwarzmarkt in Eier, Butter, Fleisch und anderen rationierten Waren gibt. Es ist keine Frage, dass ohne Rationierung und ohne Preiskontrolle die arbeitende Bevölkerung

nicht die Quantität von diesen Nahrungsmitteln erhalten würde, die ihr jetzt sicher ist. Ausserdem erhält sie in den Fabrikkantinen, in den von den Gemeinden eingerichteten Speisestuben gewisse zusätzliche Mengen; ebenso die Schulkinder durch Schulspeisungen. Die Preiskontrolle ist von entscheidender Bedeutung. Trotz des Aufstiegs der Weltmarktpreise insbesondere für amerikanische Waren, der sich ungünstig auf die Preisstabilisierung auswirkt, und trotz der Maulwurfsarbeit, die die kapitalistischen Interessenten in England gegen sie treiben, hat die Regierung die Preisbewegung fest in den Händen. Es ist ihr bisher gelungen, die Inflationsgefahr abzuwehren, und die Zustimmung der Gewerkschaften zu ihrer Wirtschaftspolitik hat einen Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen verhindert, bei dem erfahrungsgemäss die Löhne schliesslich doch ins Hintertreffen geraten.

Die Staatszuschüsse für die Niedrighaltung der Nahrungsmittelpreise betragen gegenwärtig rund 400 Millionen Pfund jährlich. Dieser bedeutende Betrag wirkt sich vorwiegend als Hilfe für die Arbeiterfamilien aus. Würden die Zuschüsse nicht gewährt, so würden sich die Preise der nachstehend verzeichneten Nahrungsmittel wie folgt erhöhen: Milch 22 Prozent, Butter 54 Prozent, Margarine 47 Prozent, Schinken 28 Prozent, Käse 85 Prozent, Tee 32 Prozent, Eier 80 Prozent, Zucker 75 Prozent, Kartoffeln 63 Prozent, Fleisch 33 Prozent und Mehl 61 Prozent.

*

Nun wird jedoch der Lebensstandard nicht nur vom Lohn und vom Konsum bestimmt, sondern noch von manchen anderen Faktoren. Der wichtigste von ihnen ist das Mass, der sozialen Sicherheit, das die Gesellschaft ihren arbeitenden Menschen gewährt. Dafür hat die Arbeiterregierung in den ersten drei Jahren ihrer Tätigkeit das äusserste geleistet. Sie hat die Wirtschaft in dem Zustand der Vollbeschäftigung gehalten, und bis jetzt hat die Arbeitslosigkeit noch nicht jenen Umfang erreicht, den die Regierung für das Frühjahr 1948 angenommen hatte. Nur zwischen 2 und 3 Prozent der versicherten Arbeiter sind arbeitslos. Im dritten Jahre nach dem ersten Weltkrieg fiel die Produktion in England bis zu 55 Prozent der Produktion von 1913; im dritten Jahre nach dem zweiten Weltkrieg, der viel grössere Umstellungen im Wirtschaftsleben Englands notwendig machte und im Produktionsapparat viel heftigere Zerstörungen anrichtete, ist die Produktion um etwa 30 Prozent höher als 1938, dem letzten Vorkriegsjahre. Es gibt jetzt in England keine Notstandsgebiete mehr.

Eine umfassende staatliche Sozialversicherung ist aufgebaut worden, die im Juli 1948 in Wirksamkeit tritt. Sie gewährt allen Personen, die entweder arbeitslos, krank oder alt sind, ein Einkommen als Existenzminimum, und sie sichert eine angemessene Unterstüt-

zung für Arbeitsunfälle zu. Die staatlichen Aufwendungen für soziale Leitungen sind von 229 Millionen Pfund im Jahre 1938 auf 430 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1947 gestiegen; der Beitrag der Arbeiterschaft zur Sozialversicherung erhöhte sich in den gleichen Jahren von 55 Millionen Pfund auf 120 Millionen Pfund. Am gleichen Termin beginnt der staatliche Gesundheitsdienst, der allen Personen kostenlose ärztliche Hilfe, Spitalaufenthalt und Medizin gibt. Der vor zwei Jahren eingeführte wöchentliche Familienzuschuss für Kinder erfordert einen Aufwand von wöchentlich 1 Million Pfund Sterling. Kindergärten für die Kinder arbeitender Mütter werden in zunehmender Zahl eingerichtet. Bezahlter Arbeitsurlaub existiert nun für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.

Diese verschiedenen sozialen Reformen unterscheiden den Lebensstandard, den der englische Arbeiter heute hat, wesentlich von demjenigen der Vorkriegszeit. Dazu kommt, dass auch die Wohnungsverhältnisse einer Veränderung zum Besseren unterliegen. In den letzten drei Jahren haben mehr als 600 000 Familien oder etwa zweieinhalb Millionen Menschen neue Wohnungen erhalten. Weitere Hunderttausende werden sie in diesem Jahre und in den folgenden Jahren bekommen.

Die Gesundheitsstatistik zeigt einen ausserordentlich günstigen Gesundheitszustand der Bevölkerung, und die Sterblichkeitsrate ist nie so niedrig gewesen wie jetzt.

*

Millionen von englischen Arbeitern nehmen an dem sozialen Aufstieg ihrer Klasse teil, der eine der Voraussetzungen dafür ist, dass sie sich mit noch mehr Aktivität für das endgültige Gelingen des Versuches einsetzen, den demokratischen Sozialismus in ihrem Lande aufzubauen. Diese Verbesserung des Lebensstandards ist eine Frucht der grösseren Produktion, der Zunahme des Volkseinkommens und der erfolgreichen Arbeit der Gewerkschaften und der Arbeiterregierung. Das Volkseinkommen hat sich von 4707 Millionen Pfund im Jahre 1938 auf 8770 Millionen Pfund im Jahre 1947 erhöht, ist also um mehr als 86 Prozent gestiegen. Der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen hat sich kaum verändert. Er betrug 1938 für die Löhne 37 Prozent, für die Gehälter 23 Prozent, 1947 waren die entsprechenden Ziffern 40 und 19 Prozent. Der Anteil der Profite am Volkseinkommen war 40 Prozent im Jahre 1938, dagegen 41 Prozent im Jahre 1947. Nach dem Abzug der Steuern verschiebt sich der Anteil ein wenig zuungunsten der Profite. Auch zu den wesentlich höheren Steuereinnahmen des Staates tragen die Arbeiter und Angestellten ihren Teil bei. So ist ihr Anteil an den direkten Steuern aus Einkommen von 21 Prozent im Jahre 1938 auf 32 Prozent im Jahre 1947 gestiegen, eine Folge des grösseren Beschäftigungsgrades und der höheren Löhne.

In der gleichen Periode sind die indirekten Steuern um fast 200 Prozent erhöht worden; aber sie treffen nicht Nahrungsmittel und unentbehrliche Bedarfsartikel, wohl aber Bier, Weine, sonstige alkoholische Getränke, Tabak und viele Waren, die dem Komfort dienen, aber in einer Notzeit, wie sie England jetzt durchlebt, als nicht unbedingt notwendig angesehen werden können.

Der englische Gewerkschaftsbund wird an der eingeschlagenen Politik festhalten, die die Lebensgrundlagen des englischen Volkes sichern, die Inflationsgefahr fortgesetzt bekämpfen, aber eine einseitige Belastung der schaffenden Menschen nicht zulassen wird. Die Erhöhung des Lebensstandards war längst fällig, und die Gewerkschaften werden sie gemeinsam mit der Regierung gegen die Angriffe des kapitalistischen Unternehmertums verteidigen.

K. F. Bieligk.

Vom Redaktor notiert . . .

Dass der Beschluss des grossen Ausschusses des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum Marshallplan der schweizerischen Kominformfiliale nicht behagen werde, war zu erwarten. Mit sehr sauersüsser Miene gibt der Basler « Vorwärts » seinen Lesern davon Kenntnis. Dass er dabei zu sehr gekünstelten Interpretationen und zur Fälschung der Abstimmungszahlen greift, ist ja nichts Neues. Unter dem Titel « Auch im Gewerkschaftsbund dringen die hundertprozentigen Marshallplanisten nicht durch » behauptet er, der Passus des Resolutionsentwurfes, in dem von der Feststellung der Internationalen Gewerkschaftskonferenz Kenntnis genommen werden sollte, dass die amerikanische Hilfe nicht von Bedingungen abhängig gemacht werde, die mit dem Grundsatz der staatlichen Souveränität unvereinbar wären, sei mit 28 gegen 17 Stimmen gestrichen worden. Tatsache ist, dass Präsidium und Referent der Beibehaltung dieses Passus keine grosse Bedeutung beigemessen haben. Sie erklärten, an der von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz festgehaltenen Tatsache ändere weder die Streichung noch die Beibehaltung etwas. In der trotzdem durchgeführten Abstimmung sind für die Streichung des Passus 22 (nicht 28) und für dessen Beibehaltung 18 (nicht 17) Stimmen abgegeben worden. Aber auf ein paar Zuschläge da und einen Abschlag dort kommt es dem « Vorwärts » natürlich nicht an. Die knappe Mehrheit für Streichung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Mitglieder des Gewerkschaftsausschusses der Meinung waren, es bestehe keine genügende Garantie dafür, dass auch in Zukunft nicht etwa Versuche zur Auferlegung politischer Bedingungen gemacht würden. Dabei ist die Feststellung des Präsidenten, dass wirtschaftliche Planung ohne Einschränkung der Souveränität der Einzelstaaten unmöglich sei, natürlich unwidersprochen geblieben. Den Patentmarxisten der PdA sollte man diese Binsenwahrheit allerdings nicht noch besonders lehren müssen. Warum verschweigt übrigens der « Vorwärts » schamhaft das Ergebnis der GesamtAbstimmung über die Resolution? Wohl weil ihm dieses weniger angenehm ist, als die Abstimmung über einen nebensächlichen Passus. Der positive Beschluss zum Marshallplan ist vom Gewerkschaftsausschuss mit 50 gegen 5 Stimmen gefasst worden.